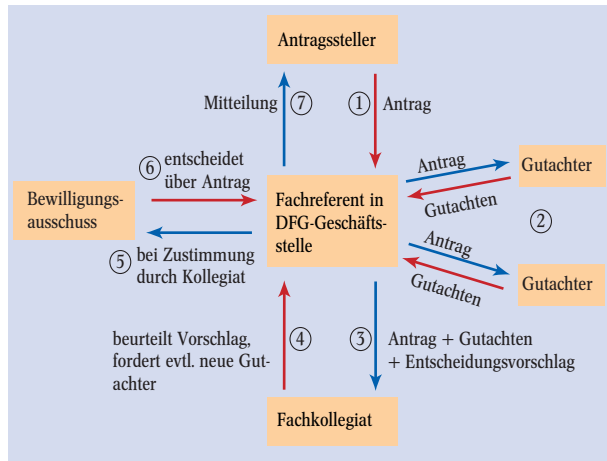


ter, die – wie zuvor die Sondergutachter – allein aufgrund ihrer fachlichen Nähe zum Thema des Antrags von der Geschäftsstelle ausgesucht werden. Der Referent in der Geschäftsstelle übernimmt die Funktion des früheren Fachausschussvorsitzenden und formuliert



In den DFG-Bewilligungsverfahren von Antrag (1) bis zur Mitteilung an den Antragsteller (7) sollen die Fachkollegiaten künftig die Qualität von Gutachten und Entscheidungsvorschlag kontrollieren (3, 4).

den Entscheidungsvorschlag für den Bewilligungsausschuss. Die Fachkollegiaten sollen in Zukunft die Qualitätskontrolleure am Ende des Begutachtungsprozesses sein. Bevor der Antrag zusammen mit den beiden Gutachten und dem Entscheidungsvorschlag in den Bewilligungsausschuss geht, bekommt ihn der Fachkollegiat auf den Schreibtisch. „Er überprüft dann, ob wir die richtigen Gutachter gewählt und die richtige Essenz gefunden haben“, erklärt Johanna Kowol-Santen, DFG-Referentin für Atmosphärenforschung und Physik der kondensierten Materie, die neue Aufgabe der gewählten Vertreter. Von der Gutachtertätigkeit im Normalverfahren entlastet, bleibt ihnen nun mehr Zeit, um auch in den

koordinierten Programmen mitzuwirken, so die Hoffnung. „Das wird dann von der Kür zur Pflicht“, meint Kowol-Santen, „und garantiert die Vergleichbarkeit zwischen allen Programmbereichen.“

Ob die Fachkollegiaten ihrer Aufgabe als Qualitätskontrolleure gerecht werden, wird sich aber erst noch zeigen müssen. Burkhard Fricke, stellvertretender Fachausschussvorsitzender der Physik, vermutet, dass es für die Kollegiaten deutlich schwieriger wird, einen Entscheidungsvorschlag der Geschäftsstelle abzuändern, als wenn sie diesen selbst erstellen. Wird nicht so manch einer in Eile die fertige Akte auf seinem Tisch einfach durchwinken und sich denken: „Das wird schon in Ordnung gehen. Da sind ja kompetente Leute in der Geschäftsstelle, die werden sich das schon gut angeschaut haben?“ In einem pessimistischen Szenario wären die Fachkollegiaten nur dazu da, die Vorschläge der Geschäftsstelle abzunicken. Doch Klaus Wehrberger, bei der DFG Leiter der Gruppe Physik, Mathematik und Geowissenschaften, will von einer stärkeren Machtposition der Geschäftsstelle durch die Reform nichts wissen. „Wir möchten doch, dass sich die Fachkollegiaten eine unabhängige Meinung bilden und ihre Aufgabe ernst nehmen“, stellt er klar.

Im nächsten Frühjahr, wenn sich die Fachkollegiaten in einer ersten, konstituierenden Sitzung ihres Fachkollegiums zusammenfinden, wird sich zeigen, ob das Konzept aufgeht und wie gut sich die gewählten Vertreter in ihre neue Rolle finden werden. Die Skeptiker unter den neuen Fachkollegiaten werden

in der neuen Geschäftsordnung vielleicht ein paar Regeln der Selbstkontrolle festschreiben und dafür sorgen, dass sich die Qualitätskontrolleure auch gegenseitig ein wenig auf die Finger schauen – nur für alle Fälle.

BRYNJA ADAM-RADMANIC

## Grenzenlos studieren in Europa

**Beschlüsse der europäischen Bildungsminister und der deutschen Kultusministerkonferenz legen wichtige Grundlagen für die Einführung eines „europäischen Hochschulraumes“.**

Vier Semester Physik in Deutschland, dann zwei in Frankreich, eins in Italien und, zurück in Deutschland, noch drei bis zum Abschluss – und das ohne Probleme bei der Anerkennung der Studienleistungen, das klingt verlockend. Eine solche europaweite Freizügigkeit im Studium soll nach Willen der europäischen Bildungsminister Realität werden. Basis dafür ist die im Juni 1999 im italienischen Bologna von 29 europäischen Ministern verabschiedete gemeinsame Erklärung, einen einheitlichen „europäischen Hochschulraum“ zu verwirklichen.<sup>1)</sup> In Berlin haben sich Mitte September die Bildungsminister aus nunmehr vierzig europäischen Ländern auf verbindliche Reformschritte verständigt.<sup>2)</sup>

Dreh- und Angelpunkt ist dabei die Schaffung von Abschlüssen, die europaweit gleichermaßen bekannt wie anerkannt sind – nicht zuletzt bei den späteren Arbeitgebern der Absolventen. So sollen alle beteiligten Länder bis spätestens 2010 die Bachelor- und Masterabschlüsse eingeführt haben, die Implementierung spätestens bis 2005 begonnen worden sein.

Dies ist natürlich eine besondere Herausforderung für die deutschen Hochschulen, denn hier gilt es, sich bei vielen Fächern, so auch der Physik, vom Diplom-Abschluss zu verabschieden. Die Vertreterin der Bundesländer bei der Berliner Konferenz, die schleswig-holsteinische Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD), betonte, dass es auf Dauer kein Nebeneinander von neuen Abschlüssen und dem alten deutschen Diplom geben solle. Diese Entscheidung sei „nicht umkehrbar“.

1) [www.bologna-berlin2003.de/pdf/bologna\\_declaration.pdf](http://www.bologna-berlin2003.de/pdf/bologna_declaration.pdf)

2) [www.bologna-berlin2003.de/](http://www.bologna-berlin2003.de/)

3) [www.kmk.org/doc/bschl/BMThesen.pdf](http://www.kmk.org/doc/bschl/BMThesen.pdf)

## TV-TIPPS

09.II.2003 **BBC Exklusiv**  
9:55 UHR **Abenteuer Wissenschaft**  
VOX **– Der Schlund des Universums**

Supermassive Schwarze Löcher und die Entstehung von Galaxien.

11.II.2003 **Archimedes**  
19:00 UHR **Spezial: Nanotechnologie**  
ARTE **Blick ins Innere der Elemente • Wer sehen will, muss fühlen • Klein, kleiner, am kleinsten • Nano-Markt**

16.II.2003 **hitec**  
16:00 UHR **Jagd auf die kurze Welle –**  
3SAT **Neue Entwicklungen der Phototechnologie**

23.II.2003 **hitec**  
16:00 UHR **Der Meißel für die Nano-**  
3SAT **welt**

07.II.2003 **Radio-Tipp:**  
16:05 UHR **Leonardo – Wissenschaft**  
WDR2 **und mehr**  
„Herzlich liebe ich die Physik“ Zum 125. Geburtstag von Lise Meitner

Bei ihrem Treffen vom 10. bis 11. Oktober in Darmstadt hat die Kultusministerkonferenz (KMK) ihre im Juni veröffentlichten „10 Thesen zur Bachelor- und Masterstruktur“<sup>(5)</sup> als ländergemeinsame Vorgaben für Bachelor- und Masterstudiengänge verabschiedet. Demnach soll der Bachelor-Abschluss nach drei, maximal jedoch vier Jahren der Regel fall sein und „wissenschaftliche Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsbezogene Qualifikationen“ vermitteln. Daran kann sich – auch nach einer ersten Phase der Berufspraxis – der Masterstudien gang als Aufbaustudium und Voraussetzung für eine eventuelle akademische Karriere anschließen. Nach Beschluss der KMK sollen die Bachelor-Abschlüsse den Diplomabschlüssen an Fachhochschulen entsprechen, während Masterabschlüsse wie Diplom- bzw. Magisterabschlüsse an Universitäten einzustufen seien. Ein „diploma supplement“ soll das Abschlusszeugnis ergänzen und die Studienleistungen der Absolvierenden dokumentieren.

„Je schneller wir Klarheit schaffen und die alten Diplom-Studiengänge nicht mehr anbieten, desto rascher werden sich die neuen Abschlüsse durchsetzen“, sagte der neue Präsident der Hochschulrektorenkonferenz (HRK), Peter Gaetgens. Auch Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn

mahnt ein höheres Tempo bei der Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen. „Eine Reihe von Hochschulen ist dabei noch zu zögerlich“, sagte sie. Derzeit ist der Anteil der neuen Studiengänge gering: Bei insgesamt 15000 Studiengängen gibt es hierzulande, laut BMBF, erst rund 1800 Bachelor- und Masterstudiengänge, in denen zudem nur 3,5 % aller Studierenden eingeschrieben sind.

Die Europäisierung des Studiums wirft in jedem Fall eine Fülle von Fragen und Detailproblemen auf, etwa ob es eine Quote für die Studierenden geben soll, die mit dem Bachelor die Universität verlassen müssen. Zudem sehen sich die Befürworter eines europäischen Hochschulraums wachsender Kritik und Skepsis ausgesetzt: So befürchtet der Hochschullehrerverband, die Interessenvertretung der Professoren an Fachhochschulen, einen Qualitätsverlust durch die flächendeckende Einführung neuer Studiengänge und sorgt sich insbesondere um den Stellenwert der FH-Abschlüsse. HRK-Präsident Gaetgens sieht in den ländergemeinsamen Vorgaben der KMK eine zu hohe Regelungsdichte, die den „Gestaltungsraum“, der den Hochschulen durch die Regelungen im Hochschulrahmengesetz eröffnet wird, unnötig einschränkt.“

ALEXANDER PAWLAK

## USA

### Weltraumprogramm vor der Wende?

Der Absturz der Raumfähre Columbia und ein rasant wachsendes Haushaltsdefizit des Bundes zwingen die NASA dazu, ihre Strategie für die bemannte Raumfahrt zu überdenken. Dies sei ein entscheidender Augenblick in der Geschichte der NASA, meinte deren Chef Sean O'Keefe. Dass es nicht so weiter gehen kann wie bisher, ist eine der Schlussfolgerungen, zu der die von der NASA eingesetzte Untersuchungskommission über den Columbia-Absturz in ihrem Bericht kommt.<sup>1)</sup> Die NASA müsse ihre veraltete Shuttle-Flotte ersetzen. Das Weiße Haus und der Kongress werden dafür getadelt, nicht den Weitblick für eine sichere bemannte Raumfahrt zu haben und das dafür nötige Geld bereit zu stellen. Aus dem Repräsentantenhaus hieß es,

dass diese Diskussion schon 20 Jahre überfällig sei. Zunächst will die NASA ihre drei verbliebenen Shuttles sicherer machen, um den Flugbetrieb so bald als möglich wieder aufnehmen zu können.

Mit dem nächsten Shuttle-Flug, der zur Internationalen Weltraumstation ISS gehen soll, ist indes frühestens im Herbst 2004 zu rechnen. Ob die NASA außer den dringenden Versorgungsflügen zur ISS auch noch die geplante Reparaturmission zum Hubble-Teleskop zustande bringt, ist inzwischen fraglich.

Die Entwicklung eines Shuttle-Nachfolgers, des Orbital Space Plane, wird mindestens 12 Mrd. \$ kosten. Diese Mittel kann die NASA aus ihrem laufenden Budget von 15 Mrd. \$ im Jahr nicht aufbringen. Zusätzliche Gelder werden dringend benötigt. Doch sowohl das Weiße Haus als auch der Kongress